



Bescheid

I. Spruch

1. Die Kommunikationsbehörde Austria (KommAustria) stellt im Rahmen ihrer Rechtsaufsicht über private Rundfunkveranstalter und Mediendienstanbieter gemäß § 2 Abs. 1 Z 6 KommAustria-Gesetz (KOG), BGBl. I Nr. 32/2001 idF BGBl. I Nr. 90/2024, in Verbindung mit den §§ 61 Abs. 1, 62 Abs. 1 und 66 Abs. 1 Audiovisuelle Mediendienste-Gesetz (AMD-G), BGBl. I Nr. 84/2001 idF BGBl. I Nr. 135/2023, fest, dass die Red Bull Media House GmbH (FN 297115i) die Bestimmung des § 30b Abs. 3 AMD-G dadurch verletzt hat, dass sie für die digitalen Fernsehprogramme „Servus TV“ und „Servus TV Deutschland“ nicht bis zum 31.03.2024 den in § 30b Abs. 3 AMD-G vorgesehenen Bericht für das Jahr 2023 über die Umsetzung ihres Aktionsplans und die Erhöhung der Anteile in den einzelnen Kategorien in gleicher Weise wie den Aktionsplan veröffentlicht hat.
2. Gemäß § 62 Abs. 4 AMD-G wird festgestellt, dass es sich bei den Rechtsverletzungen gemäß Spruchpunkt 1. jeweils um keine schwerwiegende Verletzung des AMD-G handelt.

II. Begründung

1. Gang des Verfahrens

Mit Schreiben vom 13.07.2024 leitete die KommAustria gegen die Red Bull Media House GmbH ein Rechtsverletzungsverfahren wegen des Verdachts der nicht erfolgten Jahresberichtsveröffentlichung gemäß § 30b Abs. 3 AMD-G hinsichtlich der digitalen Fernsehprogramme „Servus TV“ und „Servus TV Deutschland“ für das Jahr 2023 ein und räumte ihr die Möglichkeit zur Stellungnahme ein.

Mit Schreiben vom 19.07.2024 erstattete die Red Bull Media House GmbH eine Stellungnahme und brachte vor, dass der im Einleitungsschreiben vom 13.07.2024 angeführte Link veraltet sei und der Bericht unter folgendem Link, zu finden sei: https://richtlinien.servus.com/policies/1e96add-d376c-4204-8261-d466bae5faa2/202407020849/de_AT/imprint.html

2. Sachverhalt

Auf Grund des durchgeführten Ermittlungsverfahrens steht folgender entscheidungswesentlicher Sachverhalt fest:

Mit Bescheid der KommAustria vom 30.03.2023, KOA 2.135/23-007 wurde der Red Bull Media House GmbH die Zulassung zur Veranstaltung des Fernsehprogramms „Servus TV“ für die Dauer von zehn Jahren erteilt.

Mit Bescheid der KommAustria vom 03.12.2020, KOA 2.135/20-010 wurde der Red Bull Media House GmbH die Zulassung zur Veranstaltung des Fernsehprogramms „Servus TV Deutschland“ für die Dauer von zehn Jahren erteilt.

Die Red Bull Media House GmbH hat die Aktionspläne für die Jahre 2021 – 2023 hinsichtlich der Fernsehprogramme „Servus TV“ und „Servus TV Deutschland“ jeweils am 22.11.2021 an die KommAustria übermittelt.

Die Red Bull Media House GmbH hat den Jahresbericht 2023 mit Schreiben vom 28.03.2024 der KommAustria vorgelegt.

Die Red Bull Media House GmbH hat bis zum 31.03.2024 den Jahresbericht 2023 über die Umsetzung der festgesetzten Maßnahmen im Aktionsplan nicht in gleicher Weise wie den Aktionsplan veröffentlicht.

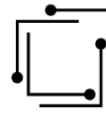
3. Beweiswürdigung

Die Feststellungen zur Zulassung des Fernsehprogramms „Servus TV“ und des Fernsehprogramms „Servus TV Deutschland“ der Red Bull Media House GmbH ergeben sich aus den zitierten Akten der KommAustria.

Die Feststellung, dass die Red Bull Media House GmbH die Aktionspläne für die Jahre 2021 – 2023 hinsichtlich der Fernsehprogramme „Servus TV“ und „Servus TV Deutschland“ jeweils am 22.11.2021 an die KommAustria übermittelt hat ergibt sich aus den Akten der KommAustria.

Die Feststellung, dass die Übermittlung des Jahresberichts 2023 an die KommAustria am 28.03.2024 erfolgt ist, ergibt sich aus den Akten der KommAustria.

Die Feststellung, dass die Red Bull Media House GmbH den Jahresbericht über die Umsetzung der im Aktionsplan festgelegten Maßnahmen für das Jahr 2023 nicht in gleicher Weise wie den Aktionsplan bis zum 31.03.2024 veröffentlicht hat, ergibt sich aus der Einsichtnahme in die Webseite der Red Bull Media House GmbH, samt den dabei angefertigten und nachfolgend angeführten Screenshot.



Impressum

Betrieben von und verantwortlich für Produkte und Unternehmensinformation:

Red Bull Media House GmbH
Oberst Lepperdinger Straße 11-15
5071 Wals-Siezenheim
AUSTRIA
+43 (0662) 2240 - 0
info@at.redbullmediahouse.com
<https://www.redbullmediahouse.com/de>
Management: Dietmar Otti, Christopher Reindl, Marcus Weber
Landesgericht Salzburg
FN 297115i
ATU63611700

Kontakt zu ServusTV:

Tel.: 0043 662 842244 28120

E-Mail: kontakt@servustv.com

Unternehmensgegenstand: Telekommunikations- und Rundfunkunternehmung
Grundlegende Programmausrichtung: Kultur, Kunst, Wirtschaft, Sport, Unterhaltung und Wissenschaft des Alpen-Donau-Adria Raumes

Die Red Bull Media House GmbH betreibt den Fernsehsender ServusTV. Red Bull Media House GmbH ist ein internationales Medienunternehmen, das Film-, Fernseh- und weitere Mediaproduktionen herstellt, veröffentlicht und verbreitet. Red Bull Media House ist Mitglied der Österreichischen Handelskammer. Verantwortliche Aufsichtsbehörde für die Sendelizenzen ist die Kommunikationsbehörde Austria bei der Rundfunk- und Telekomregulierungs-GmbH. Anwendbare Vorschrift ist insbesondere die Österreichische Gewerbeordnung und das AMD-G (Audiovisuelle Mediendienste-Gesetz). Diese können im Bundesgesetzblatt eingesehen werden.

Informationen zum Medieninhaber sind hier auffindbar: Offenlegung nach [§ 25 Mediengesetz](#).

Informationen zur Barrierefreiheit gemäß des §30b AMD-G:

- [Aktionsplan Barrierefreiheit ServusTV Österreich & Jahresbericht zu Aktionsplan Barrierefreiheit 2021 ServusTV Österreich & Jahresbericht zu Aktionsplan Barrierefreiheit 2022 ServusTV Österreich](#).
- [Aktionsplan Barrierefreiheit ServusTV Deutschland & Jahresbericht zu Aktionsplan Barrierefreiheit 2021 ServusTV Deutschland & Jahresbericht zu Aktionsplan Barrierefreiheit 2022 ServusTV Deutschland](#).

Die Europäische Kommission stellt unter <http://ec.europa.eu/consumers/odr> eine Plattform zur außergerichtlichen Streitschlichtung bereit. Darüber hinaus nimmt die Red Bull Media House GmbH an einem freiwilligen Streitbeilegungsverfahren vor einer Verbraucherschlichtungsstelle nicht teil.

© 2023 Red Bull Media House GmbH – alle Rechte vorbehalten. Nutzung gemäß unserer [Nutzungsbedingungen](#).

4. Rechtliche Beurteilung

4.1. Zuständigkeit der Behörde

Gemäß § 61 Abs. 1 AMD-G entscheidet die Regulierungsbehörde über Verletzungen von Bestimmungen dieses Bundesgesetzes von Amts wegen oder aufgrund von Beschwerden.

Gemäß § 2 Abs. 1 Z. 6 KOG obliegt der KommAustria als zuständige Regulierungsbehörde die Wahrnehmung der Rechtsaufsicht nach den Bestimmungen des AMD-G.

Gemäß § 62 Abs. 1 AMD-G besteht die Entscheidung der KommAustria in der Feststellung, ob und durch welchen Sachverhalt eine Bestimmung dieses Bundesgesetzes verletzt worden ist.

4.2. Rechtsgrundlagen

§ 30b AMD-G lautet auszugsweise:

„Barrierefreiheit

§ 30b. (1) Mediendiensteanbieter haben dafür zu sorgen, dass jährlich nach Maßgabe der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit unter Berücksichtigung von Förderungen aus öffentlichen Mitteln für derartige Maßnahmen in allen ihren Programmen und Katalogen der Anteil der barrierefrei zugänglichen Sendungen gegenüber dem Stand vom 31. Dezember 2020 jeweils kontinuierlich und stufenweise erhöht wird. Hierbei können im Hinblick auf Live-Inhalte wegen des bei diesen Inhalten erhöhten Aufwands zur Herstellung der Barrierefreiheit sachlich gerechtfertigte Ausnahmen gemacht werden. Von der Verpflichtung nach dem ersten Satz sind Mediendiensteanbieter, so lange befreit als ihr mit dem audiovisuellen Mediendienst im vorangegangenen Jahr erzielter Umsatz nicht mehr als 500 000 Euro erreicht hat. Ferner sind Mediendiensteanbieter von nur lokal oder regional ausgerichteten Fernsehprogrammen hinsichtlich der von ihnen angebotenen audiovisuellen Mediendienste von der Verpflichtung ausgenommen.

(2) Zur Konkretisierung der für die kontinuierliche und stufenweise Erhöhung des Anteils in Angriff genommenen Maßnahmen hat ein Mediendiensteanbieter nach Anhörung einer für den Bereich der Menschen mit Seh- und/oder Hör-Beeinträchtigungen sowie einer für den Bereich der Menschen mit intellektuellen Beeinträchtigungen repräsentativen Organisation insbesondere zur Nutzerfreundlichkeit der Barrierefreiheitsmaßnahmen einen Aktionsplan einschließlich eines konkreten dreijährigen Zeitplans zur jährlichen Steigerung des Anteils barrierefrei zugänglicher Sendungen mit Ausnahme von Livesendungen, getrennt nach den Kategorien Information, Unterhaltung, Bildung, Kunst und Kultur sowie Sport, zu erstellen. Die Regulierungsbehörde hat Richtlinien zur Sicherstellung der Vergleichbarkeit der Daten und zur Standardisierung der Form und des Inhalts derartiger Aktionspläne zu erlassen. Der Mediendiensteanbieter hat den Aktionsplan der Regulierungsbehörde zu übermitteln sowie leicht, unmittelbar und ständig zugänglich zu veröffentlichen.

(3) Mediendiensteanbieter haben der Regulierungsbehörde in von der Regulierungsbehörde mittels der in Abs. 2 genannten Richtlinien standardisierter Form zu den im Aktionsplan festgelegten Maßnahmen jährlich bis zum 31. März des dem Berichtszeitraum folgenden Jahres über die Umsetzung ihres Aktionsplans und die Erhöhung der Anteile in den einzelnen Kategorien zu berichten. Der Bericht ist in gleicher Weise wie der Aktionsplan zu veröffentlichen. Für den Fall der Nichterfüllung der im Aktionsplan ausgewiesenen Maßnahmen und Steigerungen bei den Anteilen ist zu begründen, warum die Vorhaben nicht verwirklicht werden konnten und welche Schritte in Aussicht genommen sind, um die an sich geplante Steigerung bis zum Ende des Folgejahres einzuholen und gleichzeitig die für dieses Folgejahr veranschlagte Steigerung zu erreichen. Im Fall der Nichterfüllung kann die Regulierungsbehörde ein Rechtsaufsichtsverfahren von Amts wegen oder aufgrund einer Beschwerde einleiten; zudem hat die Regulierungsbehörde ihrem Tätigkeitsbericht eine Stellungnahme zur Nichterfüllung anzuschließen.

[...]“

4.3. Verletzung des § 30 Abs. 3 AMD-G

Gemäß § 30b Abs. 3 AMD-G haben Mediendiensteanbieter jährlich bis zum 31. März des dem Berichtszeitraum folgenden Jahres der Regulierungsbehörde über die Umsetzung ihres Aktionsplans und die Erhöhung der Anteile in den einzelnen Kategorien zu berichten und dies in gleicher Weise wie den Aktionsplan zu veröffentlichen.

Im Fall der Nichterfüllung kann die Regulierungsbehörde ein Rechtsaufsichtsverfahren von Amts wegen oder aufgrund einer Beschwerde einleiten; zudem hat die Regulierungsbehörde ihrem Tätigkeitsbericht eine Stellungnahme zur Nichterfüllung anzuschließen.

Es besteht kein Ermessen von der Einleitung eines Rechtsverletzungsverfahrens Abstand zu nehmen. Es ist insoweit auch unerheblich, aus welchen subjektiven, der Sphäre des Mediendiensteanbieters zuzurechnenden Gründen keine Veröffentlichung erfolgt ist oder ob zu einem späteren Zeitpunkt eine Veröffentlichung erfolgt ist. Abzustellen ist ausschließlich auf die Frage des objektiven Vorliegens eines Verstoßes. Fragen einer „subjektiven Tatseite“, insbesondere hinsichtlich eines allfälligen Verschuldens, sind im Rahmen des Rechtsverletzungsverfahrens nicht von Relevanz.

In ihrer Stellungnahme vom 19.07.2024 brachte die Red Bull Media House GmbH vor, dass der Link welchen die KommAustria in ihrem Einleitungsschreiben vom 13.07.2024 angeführt hat, veraltet sei und hierbei einen Link angeführt mit diesem man auf den Jahresbericht 2023 gelangt. In der übermittelten Stellungnahme wird jedoch nicht vorgebracht, dass die Veröffentlichung zum 31.03.2024 erfolgt war.

Weiters ist davon auszugehen, dass die Veröffentlichung nicht in der gleichen Weise wie der Aktionsplan bis zum 31.03.2024 erfolgt ist, da bei der Einsichtnahme am 13.06.2024 auf der Webseite samt angefertigtem Screenshot (siehe unter Punkte 3 – Beweiswürdigung) der Jahresbericht 2023 nicht auffindbar gewesen ist.

Nachdem die Red Bull Media House GmbH den Jahresbericht über die Umsetzung ihres Aktionsplans und die Erhöhung der Anteile in den einzelnen Kategorien für das Jahr 2023 nicht bis zum 31.03.2024 in gleicher Weise wie den Aktionsplan veröffentlicht hat, war die Verletzung der Verpflichtung gemäß § 30b Abs. 3 AMD-G festzustellen (Spruchpunkt 1.).

4.4. Ausspruch gemäß § 62 Abs. 4 AMD-G

Gemäß § 62 Abs. 4 AMD-G hat die Regulierungsbehörde in ihren Bescheid im Falle der Feststellung einer Rechtsverletzung einen Ausspruch aufzunehmen, ob es sich um eine schwerwiegende Verletzung einer Bestimmung dieses Bundesgesetzes handelt.

Die KommAustria geht davon aus, dass im Rahmen der Beurteilung, ob es sich um schwerwiegende Rechtsverletzungen iSd § 62 Abs. 4 AMD-G handelt, jeweils eine Einzelfallbetrachtung vorzunehmen ist (vgl. in diesem Sinne BKS 09.03.2009, 611.192/0001-BKS/2009). Darüber hinaus soll die Möglichkeit eines Ausspruchs einer schwerwiegenden Verletzung im Hinblick auf die entsprechenden Folgen (Verfahren zum Entzug und zur Untersagung) auch dazu dienen, andauernde, besonders krasse Rechtsverletzungen möglichst schnell und wirksam zu unterbinden.

Jedenfalls als schwere Rechtsverletzungen anzusehen sind Verstöße gegen § 30 Abs. 2 AMD-G (Aufreizen zu Hass) sowie § 39 Abs. 1 und § 42 Abs. 1 AMD-G (ernsthafte Beeinträchtigung der Entwicklung von Minderjährigen) (vgl. *Kogler/Traimer/Truppe*, Österreichische Rundfunkgesetze⁴, 618).

Die Bestimmung des § 30b AMD-G dient der Umsetzung von Art. 7 Abs. 1, 2 und 3 der Richtlinie (EU) 2018/1808 vom 14.11.2018 (im Folgenden: AVMD-RL). Sichergestellt werden soll, dass der Zugang zu Diensten für Menschen mit Behinderungen durch geeignete Maßnahmen „*stetig und*

schrittweise verbessert wird“ (vgl. den Wortlaut in Art 7 Abs. 1 und 2 AVMD-RL). Der Anteil barrierefrei zugänglich gemachter audiovisueller Inhalte soll also durch geeignete Maßnahmen für Hör- und Sehbehinderte sowie Menschen mit intellektuellen Beeinträchtigungen kontinuierlich und stufenweise erhöht werden.

Zweck der Bestimmung ist es, dass Mediendienstanbieter sich *„aktiv darum bemühen, ihre Inhalte für Menschen mit Behinderungen, vor allem für Menschen mit Seh- oder Hörstörungen oder Menschen mit intellektuellen Beeinträchtigungen, zugänglich zu machen“*. Die Anforderungen an die Barrierefreiheit sollten durch einen schrittweisen und fortlaufenden Prozess erfüllt werden, wobei praktische und unvermeidbare Einschränkungen, die beispielsweise im Fall von live übertragenen Sendungen oder Veranstaltungen eine vollständige Barrierefreiheit verhindern könnten, zu berücksichtigen sind (vgl. die ErlRV 462 BlgNR XXVII.GP, 9).

Aus Erwägungsgrund 22 der AVMD-RL geht hervor, dass die Gewährleistung der Barrierefreiheit audiovisueller Inhalte als eine *„wesentliche Anforderung im Zusammenhang mit den im Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen eingegangenen Verpflichtungen“* beschreibt.

Die KommAustria verkennt nicht die Bedeutung der Bestimmung des § 30b AMD-G. Aus den Erläuterungen geht klar hervor, dass ErwG 22 der AVMD-RL die Gewährleistung der Barrierefreiheit audiovisueller Inhalte als eine *„wesentliche Anforderung im Zusammenhang mit den im Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen eingegangenen Verpflichtungen“* beschreibt.

Die gegenständliche Rechtsverletzung behandelt die Unterlassung der Berichtspflicht an die KommAustria und deren Veröffentlichung, im Vergleich mit den jedenfalls als schwere Rechtsverletzung zu beurteilenden Verstößen gegen § 30 Abs. 2 AMD-G (Aufreizen zu Hass) sowie § 39 Abs. 2 3. Satz AMD-G (ernsthafte Beeinträchtigung der Entwicklung von Minderjährigen) ist die Unterlassung der Berichtspflicht und deren Veröffentlichung hintanzustellen. Zu berücksichtigen ist in diesem Zusammenhang auch, dass die schau Media Wien GesmbH ihrer Berichtspflicht nach Einleitung des Verfahrens nachgekommen ist.

Insgesamt geht die KommAustria daher davon aus, dass es sich bei der Unterlassung der Berichtslegung gemäß § 30b Abs. 3 AMD-G sowie der fehlenden Veröffentlichung um keine schwerwiegende Rechtsverletzung iSd § 62 Abs. 4 AMD-G handelt (Spruchpunkt 2.).

Es war daher spruchgemäß zu entscheiden.

III. Rechtsmittelbelehrung

Gegen diesen Bescheid steht der/den Partei/en dieses Verfahrens das Rechtsmittel der Beschwerde gemäß Art. 130 Abs. 1 Z 1 B-VG beim Bundesverwaltungsgericht offen. Die Beschwerde ist binnen vier Wochen nach Zustellung dieses Bescheides schriftlich, telegraphisch, fernschriftlich, im Wege automationsunterstützter Datenübertragung oder in jeder anderen technisch möglichen Weise bei der Kommunikationsbehörde Austria einzubringen. Die Beschwerde hat den Bescheid, gegen den sie sich richtet, ebenso wie die belangte Behörde, die den Bescheid erlassen hat, zu bezeichnen und die Gründe, auf die sich die Behauptung der Rechtswidrigkeit stützt, das Begehren sowie die

Angaben zu enthalten, die erforderlich sind, um zu beurteilen, ob die Beschwerde rechtzeitig eingebracht wurde.

Für die Beschwerde ist eine Gebühr in Höhe von EUR 30,- an das Finanzamt Österreich (IBAN: AT830100000005504109, BIC: BUNDATWW, Verwendungszweck: „Bundesverwaltungsgericht / KOA 3.002/24-068“, Vermerk: „Name des Beschwerdeführers“) zu entrichten. Bei elektronischer Überweisung der Beschwerdegebühr mit der „Finanzamtszahlung“ sind die Steuernummer/Abgabenkontonummer 109999102, die Abgabenart „EEE – Beschwerdegebühr“, das Datum des Bescheides als Zeitraum und der Betrag anzugeben. Die Entrichtung der Gebühr ist durch einen Zahlungsbeleg oder einen Ausdruck über die erfolgte Erteilung einer Zahlungsanweisung nachzuweisen.

Wien, am 17. Oktober 2024

Kommunikationsbehörde Austria

Mag. Michael Ogris
(Vorsitzender)